

CDU will die Rentenreform schon 1998

Die Rentenreform soll bereits 1998 und nicht erst 1999 in Kraft treten, und zwar mit ihren beiden Teilen: Umfinanzierung und Strukturreform.

Das ist die Absicht des CDU-Bundesvorstands, der sich am 10. November – ohne förmlichen Beschluß – auf einen Weg verständigt hat, der zu einer Senkung des Rentenbeitrags im kommenden Jahr führen soll.

Einsparen und Umfinanzieren

Generalsekretär Peter Hintze: „Wir wollen eine Reform aus einem Guß, in der Einsparung und Umfinanzierung zusammengehören. Die Abtrennung eines Elements wird es mit uns nicht geben.“

Der Verständigung auf das gemeinsame Ziel, die Rentenreform auf das Jahr 1998 vorzuziehen, war ein ausführlicher Bericht des Bundesarbeitsministers über die Situation der Rentenversicherung vorausgegangen.

Danach hat der Rückgang der Beitragseinnahmen entgegen der ursprünglichen Prognose im wesentlichen zwei Gründe: die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Entlastung der Unternehmen bei den Lohnkosten.

Beides müßte, wenn jetzt nichts geschieht – so Norbert Blüm -, unweigerlich zu einem Rentenanstieg auf 21 Prozent führen.

Der enge Zusammenhang zwischen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der Einnahmeentwicklung

HEUTE AKTUELL

● **Steuerschätzung**

Das Drei-Prozent-Kriterium von Maastricht kann eingehalten werden. Seite 4

● **Hamburg**

Rot-grüne Koalitionsvereinbarung: Kein gutes Omen für die Hansestadt. Seite 8

● **Niedersachsen**

Schröder = Sprüche statt Taten. Beispiel Wirtschaft und Innovationen. Seite 10

● **Jahrestag**

Bundeskanzler Helmut Kohl erinnert an den 9. November 1989: Wir dürfen die Opfer der SED-Diktatur nicht vergessen. Seite 33

● **CDU Berlin**

Landesparteitag für Reform der Bezirksgebiete. Lösung offen. Seite 37

● **Kurz & bündig**

Argumente zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Seite 39

● **Öffentlichkeitsarbeit**

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

bei der Sozialversicherung zeigt aber auch: Damit es zu einer Belebung des Arbeitsmarktes kommen kann, brauchen wir die große Steuerreform.

Peter Hintze: „Die große Steuerreform ist der wichtigste Schlüssel in der Hand des Staates, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Sie darf deshalb keinesfalls weiter auf die lange Bank geschoben werden.“

Die doppelte Staatsbürgerschaft wird es nicht geben

Zur Frage der Staatsangehörigkeit hat der Bundesvorstand auf Vorschlag von Bundesinnenminister Manfred Kanther beschlossen, noch in dieser Legislaturperiode in Deutschland geborenen Kindern von ausländischen Mitbürgern eine Einbürgerungszusicherung zu geben.

Diese Einbürgerungszusicherung kann mit der Vollendung des 18. Lebensjahres eingelöst werden. Sie wird dann zur deutschen Staatsbürgerschaft, wenn die betreffenden Kinder in Deutschland aufwachsen, hier zur Schule gehen und straffrei bleiben.

Generalsekretär Peter Hintze: „Die doppelte Staatsangehörigkeit werden wir als Regelfall nicht zulassen. Denn wir sind der Auffassung, daß das wichtige Ziel der Integration ausländischer Mitbürger nur dann erreicht werden kann, wenn neben den Bürgerrechten auch die Bürgerpflichten stehen. Wir wollen die Einheit von Rechten und Pflichten auch im Staatsbürgerrecht nicht aufheben.“

In diesem Zusammenhang soll auch das Paß- und Personalausweisrecht geändert werden, damit der Zusatz der Einbürgerungszusicherung auch in den Kinderpaß bzw. in den Ausweis eingetragen werden kann. Die Einbürgerungszusicherung brächte für in Deutschland geborene Aus-

länder außerdem weitere Vereinfachungen mit sich, z.B. bei der Aufnahme in den Vorbereitungsdienst des Öffentlichen Dienstes. **(Eckpunkte der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts: Seite 39/40.)**

Beim Internet die Nase vorn

„Explosionsartig“ haben sich nach den Worten des Generalsekretärs die Seitenaufrufe im CDU-Internet entwickelt.

Peter Hintze: „Die Zahl der Zugriffe auf unser Internet-Angebot ist von 290.000 im Januar auf 850.000 im Oktober steil angestiegen. Dabei haben wir vor allem mit Freude festgestellt, daß sich Nutzer des SPD-Diskussionsforums bitter darüber beklagen, daß unser Forum besser, d.h. flotter und praktischer ist.“

So schreibt z.B. einer, der sich als Anhänger der Grünen bekennt: „Auch wenn man sich scheut, beim politischen Gegner vorbeizuschauen, orientiert Euch bei der Strukturierung Eures Forums bei dem der CDU: einfach besser zu lesen, animiert mehr zum Mitmachen.“

Peter Hintze: „Wir sind froh, auch bei diesem Thema die Nase vorn zu haben.“

Gute Noten für „Schulen ans Netz“

Die Initiative „Schulen ans Netz“ kann 19 Monate nach ihrem Start eine positive Zwischenbilanz ziehen. Seit April vergangenen Jahres sind bereits 6.500 von insgesamt 10.000 vorgesehenen Schulen ans Internet angeschlossen worden. Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Telekom-Vorstandschef Ron Sommer bewerteten die gemeinsam gestartete Aktion als Initialzündung für einen nachhaltigen Wandel der schulischen Bildung entsprechend den Anforderungen der Informationsgesellschaft.

Einbürgerungserleichterung durch Einbürgerungszusicherung

Die sog. „doppelte Staatsbürgerschaft“ kommt nicht in Betracht

Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält – entsprechend der Koalitionsvereinbarung vom 11. 11. 1994 – eine Neuordnung des gesamten Staatsangehörigkeitsrechts für notwendig, wobei eine Ausweitung der sog. „doppelten Staatsangehörigkeit“ nicht in Betracht kommt.

„Eckpunkte“ als Grundlage

Für die Neuordnung sind die von Bundesinnenminister Kanther erarbeiteten „Eckpunkte“ eine geeignete Grundlage für die weiteren Gespräche mit der FDP.

2. Als Alternative zur Koalitionsvereinbarung schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, die vereinbarte, besondere Berücksichtigung der Situation von Ausländerkindern im Staatsangehörigkeitsrecht über die Ausgestaltung der bereits im geltenden Recht vorhandenen „Einbürgerungszusicherung“ umzusetzen.

Integrationschancen

Hier ergeben sich weitreichende Möglichkeiten, die Integrationschancen von Ausländerkindern zu verbessern, ohne über eine Ausweitung der „doppelten Staatsangehörigkeit“ bewährte Grundsätze des deutschen Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts aufzugeben.

Weitere Sparmaßnahmen zügeln den Staatsverbrauch

Zu der von Bundesfinanzminister Theo Waigel verkündeten 2. Haushaltssperre erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:

Der Finanzminister hat recht, wenn er mit den weiteren Sparmaßnahmen die Ausgabenzügel im Bereich des Staatsverbrauchs besonders straff führt. Denn dem Bürger können Sparmaßnahmen und Leistungseinschränkungen nur zugemutet werden, wenn der Staat auch seine eigene Verwaltung auf Diät setzt.

Die 2. Haushaltssperre dokumentiert die Entschlossenheit der Bundesregierung, das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrages strikt einzuhalten. Gleichzeitig ist sie ein Signal an die anderen Gebietskörperschaften, ihrer Verantwortung im Rahmen eines nationalen Stabilitätspaktes nachzukommen.

Die Verschärfung des Sparkurses dient darüber hinaus der Abschöpfung des sogenannten „Dezember-Fiebers“.

Das Drei-Prozent-Kriterium kann eingehalten werden

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1997 und 1998 erklärte der Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat auf seiner 109. Sitzung die Steuereinnahmen für 1997 und 1998 auf der Grundlage aktueller gesamtwirtschaftlicher Daten überprüft.

Die gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 1997 vom Arbeitskreis für 1997 erwarteten Mindereinnahmen sind zum kleineren Teil auf die unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung und die stärker als erwartet ausgeweiteten Exporte, die eine geringere steuerliche Ergiebigkeit als die Inlandsnachfrage besitzen, zurückzuführen. Ein größerer Teil wird, wie bereits in den Jahren zuvor, durch die Abwicklung vorangegangener Jahre bei den Veranlagungssteuern verursacht. Offenbar werden wegen der hohen Steuersätze steuersparende Möglichkeiten in hohem Maße genutzt.

Trotz der zu erwartenden Steuermindereinnahmen kann nach der bisherigen Ausgabenentwicklung und bei weiterhin für den Rest des Jahres gebotener restriktiver Haushaltsführung das 3 v. H.-Kriterium des Vertrages von Maastricht eingehalten werden. Dies wird unter anderem durch die vom Statistischen Bundesamt festgestellte Verbesserung des Jahresergebnisses 1996 um 0,4 v. H.-BIP-Punkte, die auf die Folgejahre durchwirkt, durch die Haushaltssperre des Bundes sowie eine deutlich günstigere Entwicklung beim Erblastentilgungsfonds und beim ERP-Sondervermögen

gewährleistet. Dementsprechend gehen auch die Forschungsinstitute und die EU-Kommission – unter Berücksichtigung in der Größenordnung vergleichbarer Steuerausfälle – von einem Staatsdefizit von 3,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1997 aus.

Auch das Jahr 1998 ist insbesondere durch den Basiseffekt der Steuermindereinnahmen betroffen. Die Länder und Kommunen sind in der Pflicht, ihre Konsolidierungsanstrengungen wie der Bund fortzusetzen.

Die Wachstumsaussichten für das nächste Jahr sind gut. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird nach den Erwartungen aller Experten weiter anziehen. Das Exportgeschäft bleibt ein Wachstumsmotor. Auf dem Arbeitsmarkt wird im nächsten Jahr die Trendwende kommen. Die von der Bundesregierung erfolgreich umgesetzten Strukturformen aus dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, die Abschaffung der Substanzsteuern und die Absenkung des Solidaritätszuschlags werden zusätzlichen Schub für das Wachstum entfachen. Deutschland wird auch 1998 das Maastricht-Ziel erreichen.

Eine weitere Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen würde erreicht, wenn die SPD bei den großen Reformvorhaben im System sozialer Sicherheit und bei der Steuer endlich ihre Blockadehaltung aufgäbe. Insbesondere die Umsetzung der großen Steuerreform würde die Erosion der Einnahmehasis der öffentlichen Hände stoppen. ■

Wolfgang Schäuble:

Rentenreform dringender denn je

Die öffentliche Diskussion um die Rentenversicherung geht zur Zeit durcheinander. Viele Probleme werden mit unheilschwangerem Unterton benannt, zahlreiche einander widersprechende Forderungen erhoben und das alles in einem für den Normalsterblichen meist unverständlichen Renten-Chinesisch. Worum geht es?

Unser Rentensystem funktioniert nach dem Generationenvertrag: die aktiven Arbeitnehmer zahlen Beiträge, gestaffelt nach Höhe ihres Lohns. Aus diesen Beiträgen werden die aktuellen Renten bezahlt. Die Höhe der einzelnen Renten richtet sich zum einen nach den im Arbeitsleben gezahlten Beiträgen und zum anderen nach der Lohnentwicklung. Das heißt, je höher die im Arbeitsleben gezahlten Beiträge, desto höher ist später die Rente, und wenn die Nettolöhne für die Arbeitnehmer steigen, werden die Renten jedes Jahr entsprechend angepaßt. Zusätzlich zahlt der Bund einen Zuschuß – in diesem Jahr rund 85 Milliarden DM – an die Rentenversicherung, um damit unter anderem Leistungen zu finanzieren, die nicht unmittelbar auf früheren Beitragszahlungen beruhen.

Dieses über lange Jahrzehnte gut funktionierende System sieht sich einer Reihe von gravierenden Problemen gegenüber. Die Menschen – was gut ist – leben länger. Das heißt aber auch: die Generation der Beitragszahler muß für immer mehr Rentner aufkommen, die immer länger Rente beziehen. Gleichzeitig erleben wir eine dramatische Veränderung auf dem Arbeitsmarkt. Die Rentenversicherung bekommt massiv zu spüren, daß weniger Arbeitsplätze auch weniger Beitragszahler bedeuten. Dadurch muß jeder einzelne zusätzli-

che Lasten übernehmen. Mit Folgen: Je höher der Rentenbeitrag steigt, der je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgeber bezahlt wird, desto höher werden die Lohnnebenkosten. Das mindert für Arbeitgeber den Anreiz, neue Stellen zu schaffen, und es vergrößert die Versuchung, auf 610-DM-Jobs oder gar Schwarzarbeit auszuweichen. Gleichzeitig führt diese Entwicklung dazu, daß immer weniger Arbeitnehmer wie bisher ein Leben lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und damit ausreichende Rentenansprüche erwerben können.

Wegen dieser Problematik hat es eine Reihe von grundsätzlichen Reformvorschlägen gegeben, etwa eine steuerfinanzierte Grundrente mit privater Zusatzversorgung oder ein Kapitaldeckungsverfahren einzuführen. Abgesehen davon, daß solche Vorschläge das lange bewährte System des Generationenvertrages in Frage stellen, werfen sie ein Problem auf, für das ich bisher keine überzeugende Lösung kenne. Wir müßten für eine beachtliche Zeit quasi zwei Altersversorgungssysteme finanzieren. Die heutigen Rentner und auch die, die schon Rentenansprüche erworben haben, haben Anspruch auf ihre Rente. Daneben müßte die Finanzierung für das andere System aufgebaut werden. Alle diese Modelle drohen damit, für die jetzigen Beitragszahler noch teurer zu werden.

Wir müssen deshalb die bestehende Rentenversicherung so reformieren, daß sie trotz ihrer Probleme weiter funktioniert. Das ist auch möglich. Die Regierungskoalition hat deshalb in einem ersten Schritt ein Gesetz verabschiedet, dessen Kern die sogenannte demographische Formel ist. Damit korrigieren wir das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern, indem die

finanziellen Folgen der steigenden Lebenserwartung gleichmäßig auf beide Generationen verteilt werden.

Die Folge wird sein, daß die Renten langsamer steigen. Die Renten werden dadurch aber – um es ganz klar zu sagen – nicht gekürzt.

Den nächsten Schritt für mehr Generationengerechtigkeit haben wir uns für die nächste Legislaturperiode vorgenommen. Der Beitrag, der durch Kindererziehung für die Rentenversicherung geleistet wird, muß stärker als bisher Berücksichtigung finden.

Das allein reicht wegen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht aus. Wir müssen eine Antwort darauf finden, daß immer mehr Menschen, weil sie etwa auf 610-DM-Basis arbeiten, keine oder nur sehr geringe Renten erwarten können. Die einfache Ausweitung der Versicherungspflicht ist dabei keine Lösung, weil dadurch nur mehr Schwarzarbeit entstehen würde. Es gibt für diese Frage noch keine fertigen Rezepte. Aber möglicherweise wird der Weg doch in die Richtung führen, daß wir einen größeren Teil der Altersversorgung als bisher statt über Beiträge durch indirekte Steuern finanzieren. Dadurch könnte sowohl den veränderten Er-

werbsmöglichkeiten Rechnung getragen werden, als auch der Rentenbeitragssatz gesenkt werden.

Einen Schritt in diese Richtung haben wir mit dem verabschiedeten Rentenreformgesetz getan. Wir wollen außerdem den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung um 15 Mrd. DM im Jahr erhöhen und dadurch den Rentenbeitragssatz ermäßigen. Um dies finanzieren zu können, muß auf der Gegenseite die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben werden. Ein entsprechendes Gesetz haben wir im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Völlig unverständlich ist für mich, daß die SPD nicht nur im Deutschen Bundestag dagegen gestimmt hat, sondern auch wiederum eine Blockade durch den Bundesrat angekündigt hat. Obwohl die Sozialdemokraten nach allen Äußerungen in diesem Jahr dem Weg einer Entlastung der Rentenversicherung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer das Wort geredet haben, wollen sie davon nun nichts mehr wissen. Deutlicher kann man das parteipolitisch motivierte Taktieren kaum mehr zeigen. Aber es geht ja auch nur um die Sicherheit der Renten und um die Arbeitsplätze vieler Menschen in Deutschland!

Christian Wulff: Kein einziger eigener Vorschlag von Schröder

Als deprimierend hat der CDU-Landesvorsitzende Christian Wulff die Antrittsrede Schröders im Bundesrat bezeichnet.

Schröder habe viel gesagt, aber keinen einzigen eigenen Vorschlag gebracht, außer der Umverteilung durch Steuererhöhungen. Die SPD sage weiter Nein zur absolut notwendigen Strukturreform beim Steuer- und Sozialversicherungssystem.

Schröder biete mit seiner Rede den untauglichen Versuch, den Blockiererstatus abzuschütteln. Dabei fliehe die SPD weiter aus der Verantwortung. Wenn Schröder die Strukturreform – so wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen wird – ablehne, habe das zur Konsequenz, daß bei einer Schröderschen Politik jedes Jahr die Steuern erhöht werden müßten.

Mit Bundeszuschuß die Verstetigung des Rentenbeitragssatzes erreichen

Anläßlich der Bundesvorstandssitzung der Senioren-Union der CDU Deutschlands in Königswinter am 4./5. November erklärte der Bundesvorsitzende Bernhard Worms zum Stand des Rentenreformgesetzes 1999:

● Die Senioren-Union befürwortet die Einführung eines demographischen Faktors in die Rentenanpassungsformel.

● Die Senioren-Union befürwortet die Neuordnung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

● Die Senioren-Union befürwortet Änderungen bei den Altersrenten wegen Schwerbehinderung.

● Die Senioren-Union befürwortet die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

● Die Senioren-Union befürwortet ei-

nen zusätzlichen Bundeszuschuß, um die Verstetigung des Beitragssatzes zu erreichen.

● Die Senioren-Union unterstützt ausdrücklich alle geeigneten Schritte, um die zweite (betriebliche Altersversorgung) und dritte Säule (private Vorsorge) der Alterssicherung verstärkt auszubauen.

● Der Anstieg des Rentenbeitrags auf 21 Prozent ist im Hinblick auf die Entlastung der Lohnnebenkosten bedenklich. Er ist aber die Folge des Verhaltens der Opposition, die zu keiner Verstärkung mit der Koalition bereit ist, obwohl letzteres das Gebot der Stunde wäre.

● Ein Rückgriff auf die Pflegeversicherung als „Brückenfinanzierung“ bei der Rentenversicherung hält die Senioren-Union für unredlich und lehnt sie entschieden ab.

Zahl der Asylbewerber geht im Jahresvergleich weiter zurück

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland geht weiter zurück. Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, wurden im Oktober 9.760 Anträge registriert. Das sind zwar 8,3 Prozent mehr als im September, aber 16,4 Prozent weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Insgesamt ergab sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres ein Rückgang um zehn Prozent. Herkunftsländer waren im Oktober

1997 erneut die aus Serbien und Montenegro bestehende Bundesrepublik Jugoslawien mit 1.648 sowie die Türkei mit 1.307 Fällen. Entschieden wurde über 14.403 Anträge. Die Anerkennungsquote lag bei 4,7 Prozent. Abschiebeschutz erhielten ebenfalls 4,7 Prozent der Asylbewerber. Abgelehnt wurden 56,6 Prozent der Anträge, auf andere Weise erledigt wurden 34,0 Prozent.

Rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Hamburg

Kein gutes Omen für die Hansestadt

„Hamburgs SPD zahlt hohe Preise“, so titelte die Berliner Morgenpost schon am 23. 10. 97 zu den rot-grünen Koalitionsverhandlungen in Hamburg. Nach dem SPD-Wahldebakel vom September haben sich die Sozialdemokraten ihren Verbleib an der Macht teuer erkaufte. In der Koalition mit der GAL hat sich nun der linke Flügel der Hamburger SPD, der von jeher lautstark für Rot-Grün votiert hat, durchgesetzt.

Das Ergebnis ist dementsprechend: Keine Kurskorrektur in der Wirtschafts-, Kriminalitäts- und Finanzpolitik; statt dessen ist die rot-grüne Politik in der Hansestadt vom Ausweichen vor den Herausforderungen, vom Vertagen wichtiger Entscheidungen, von schwerwiegenden Fehlorientierungen und von ideologischen Vorgaben geprägt.

Kurz und knapp urteilte denn auch die Welt am 7. 11. 97: „Die Politik aber, die nun verfolgt werden soll, ist ideologisch fixiert.“ Und die Hamburger Morgenpost vom 8. 11. 97 kommt zu dem Ergebnis, die rot-grüne Vereinbarung dokumentiere einen „Waffenstillstand“ und begründe „eher Nichthandeln als Handeln“ – denn schließlich bleibe es gerade in zentralen Fragen „beim schlechten Alten“.

Das gilt auch für die Zusammensetzung des neuen Senats. Erneuerung und Qualifikation waren für die SPD in personeller wie in inhaltlicher Hinsicht offenbar nachrangig.

Hier einige Beispiele der rot-grünen Politikpläne für Hamburg:

Kernkraftwerk Brunsbüttel: Ausstieg um jeden Preis

● In der **Energiepolitik** forciert die rot-grüne Koalition den Ausstieg aus der Kernkraft und will das AKW Brunsbüttel zum Jahre 2002 abschalten. Die möglichen Folgen für die Betreiber wie für die Verbraucher sind dabei offenbar noch nicht erörtert worden. Zu den Konsequenzen der Ausstiegs-Maßgabe heißt es in der Koalitionsvereinbarung lakonisch, daß zu prüfen sei, „ob es wirtschaftlich vertretbar ist, bestehende Kernkraftwerke stillzulegen und statt dessen neu zu errichtende Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke zu betreiben“.

Stadtentwicklung findet nicht statt

● Im Bereich der **Stadtentwicklung** wird trotz der drängenden Wohnungsnot zugunsten eines Vogelbrutgebietes auf den geplanten Bau von fast 5.000 Wohneinheiten verzichtet. Treffend schreibt hierzu die Berliner Morgenpost vom 23. 10. 97, daß sich der Wachtelkönig damit einmal mehr als „politischer Verhinderungsvogel“ im Sinne der Grünen erwiesen habe. Es wird wohl nicht als Ersatz gedacht sein, daß die Koalitionäre zugleich ein „pragmatisches Herangehen“ an das „Wohnen im Bauwagen“ vereinbarten und die Novellierung des Wohnwagengesetzes beschlossen.

Infrastruktur bleibt auf der Strecke

● Zu den Kuriositäten der rot-grünen Politikvorstellungen für Hamburg zählt auch, daß sich die Koalitionäre in Sachen **Verkehrspolitik** für die Millionenstadt der Förderung des „Zufußgehens . . . als natürliche Art der Fortbewegung“ besonders intensiv widmen wollen. Auch das Ziel einer Verdopplung des Fahrradverkehrs bis zum Jahre 2010 und die Einführung von Tempo-30-Zonen auch auf Hauptverkehrsstraßen dürfte den Anforderungen an eine moderne Infrastruktur des Verkehrsknotenpunktes Hamburg kaum genügen.

Falsche Bildungspolitik macht Schule

● In der **Schulpolitik** hat sich die SPD einen bildungspolitischen Hätschelkinder der Grünen angenommen und drei Schulversuchen zur sechsjährigen Grundschule zugestimmt. Eingedenk ihrer zahlreichen bildungspolitischen Bauchlandungen scheint die SPD hier wohlweislich in der Koalitionsvereinbarung hinzugesetzt zu haben, daß dies „mit Zustimmung der Eltern“ durchgesetzt werden solle.

Kein Konzept gegen Kriminelle

● Völlige Fehlanzeige auch bei der **Innen-Sicherheit**. Kein Wort mehr von den volltönenden Wahlkampfparolen der SPD zur Kriminalitätsbekämpfung; statt dessen

hat man sich, wie die Hamburger Morgenpost vom 8. 11. 97 schreibt, „auf dem ausgelagerten Terrain der alleinseligmachenden Sozialarbeiterei getroffen, sich vor dem Problem gedrückt“. So sieht die Koalitionsvereinbarung „Ermahnungsgespräche“ als Mittel gegen die steigende Jugendkriminalität vor – es bleibt zu hoffen, daß wenigstens dies in sehr ernstem Ton geschieht.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften: Rechtlicher und politischer Irrweg

● Schließlich haben sich die rot-grünen Koalitionäre darauf verständigt, im Bereich der **Rechtspolitik** die „rechtliche Absicherung“ gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften sowohl in der Hansestadt selbst als auch auf Bundesebene zu betreiben. So werden lesbische und schwule Paare in Hamburg „unter den gleichen Voraussetzungen wie Ehepaare“ einen Wohnberechtigungsschein erhalten, und im Falle „binationaler Lebensgemeinschaften“ gibt Rot-Grün vor, daß die Hamburger Ausländerbehörde in Zukunft „wohlwollend“ entscheiden werde.

Diese Stichworte zeigen: Die Koalitionsvereinbarung von Hamburger SPD und GAL füllt fast hundert Seiten Papier – aber in Anbetracht der wirklichen Aufgaben, die im Interesse einer besseren Zukunft in und für Hamburg zu lösen sind, hätte auf eine derartige Ressourcenverschwendung wohl verzichtet werden sollen.

Gefahr für Wachstum und Arbeitsplätze

Generalsekretär Peter Hintze: Die rot-grüne Koalition in Hamburg, das ist heute schon sicher, wird keinen Erfolg haben. Sie ist zwar das Ergebnis einer rechnerischen Mehrheit nach den Bürgerschaftswahlen. Die Koalitionsvereinbarung aber zeigt: Politik für Hamburg wird auf den kleinsten Nenner gemacht.

Schröder = Sprüche statt Taten

Beispiel Wirtschaft und Innovationen

Mit „Vorspiegelungen, die in der freien Wirtschaft als Konkursverschleppung gebranntmarkt würden“, gelang Gerhard Schröder nach Einschätzung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (15. 2. 97) seine Wiederwahl 1994. Tatsächlich warb die SPD im Februar 1994 zur Landtagswahl in Niedersachsen in einem Flugblatt mit den Sätzen: „Wir haben aktive Industriepolitik zur Chefsache gemacht. Wir fördern vor allem neue Technologien, umweltschonende Betriebe und Zugang zu Know-how.“ Schön wär's! Die Wahrheit in Niedersachsen sieht anders aus:

Niedersachsens Wirtschaftsdaten auf Talfahrt

Niedersachsens Wirtschaftsdaten sind der Beleg dafür, daß das Land unter Gerhard Schröder im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern immer stärker an Boden verliert.

Auf dem Arbeitsmarkt verzeichnet Niedersachsen über 170.000 Arbeitslose mehr als 1991. Die Arbeitslosenquote ist mit 11,1% im Oktober unter den westdeutschen Flächenländern die zweithöchste. Nur das von Oskar Lafontaine regierte Saarland ist mit 12,1% noch schlechter. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote in Bayern beträgt 7,0%, die in Baden-Württemberg 7,5%.

Drastisch sinkende Investitionsquote

Die Investitionsquote des Landes Niedersachsen ist seit 1989 (12,7 %) auf netto 9,9% im Jahr 1996 gesunken. Dies ist die

niedrigste Rate aller westdeutschen Flächenländer. Haushaltssperren werden diesen Prozentsatz weiter sinken lassen. Bis Mitte 1997 wurden nur 30% der im Haushalt ausgewiesenen Investitionen freigegeben.

Wirtschaftsförderung im Niedergang begriffen

Die Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen ist seit 1990 halbiert worden. Das Landesdarlehensprogramm als beschäftigungswirksames Instrument der Landeswirtschaftsförderung ist von 143 Mio. DM (1989) auf 50 Mio. DM im Jahr 1996 zusammengestrichen worden. Exportförderung findet mit einem Betrag von 2 Mio. DM kaum noch statt. Der gewerbliche Teil der Wirtschaftsförderfonds wurde von 285 Mio. DM (1990) auf 133,05 Mio. DM im Jahr 1996 reduziert.

Förderung von Existenzgründerhilfen weggefallen

Existenzgründer in Niedersachsen dürfen anders als in Bayern und Baden-Württemberg nicht auf Maßnahmen zur Förderung von Selbständigkeit hoffen. Denn während Gerhard Schröder öffentlich staatliche Hilfen für mehr Selbständigkeit und eine bessere Förderung von Existenzgründern forderte, wurde sie in Niedersachsen mit folgendem Argument eingestellt:

„Wir haben die Chance erkannt, in diesem Förderbereich den Subventionswettbewerb zwischen Bund und Ländern beenden zu können. Die Konditionen des Eigenkapitalhilfeprogramms ‚des Bundes!‘ sind so hervorragend, insbesondere bei Laufzeit

und Zins- und Tilgungsgestaltung, daß wir töricht wären, mit unseren ohnehin knapp bemessenen Landesmitteln dagegen anzukonkurrieren!“ (Protokoll des Niedersächsischen Landtags, 13. Wahlperiode, 62. Plenarsitzung, 6.9.1996, S. 6500)

Innovationsförderung auf Niedrigniveau

Die Risikokapitalförderung für junge und innovative Unternehmer wird von Schröder zwar gefordert, in Niedersachsen aber nahezu vollständig unterlassen.

Förderung von jungen Unternehmen mit Risikokapital durch die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften der Länder zum 31. 12. 1996:

Niedersachsen:

19 ausbezahlte
Beteiligungen mit **9.710.000 DM**

Baden-Württemberg:

882 ausbezahlte
Beteiligungen mit **258.272.000 DM**

Bayern:

622 ausbezahlte
Beteiligungen mit **359.107.000 DM**

Sachsen:

158 ausbezahlte
Beteiligungen mit **125.290.000 DM**

Das von der Landesregierung versprochene Technologieförderungsprogramm in Höhe von 400 Millionen DM umfaßte 1996 faktisch 23,5 Millionen. Zum Vergleich: Der Bund stellt in Niedersachsen jährlich rund 340 Mio. DM für wissenschaftliche Forschung und Großforschungsanlagen bereit.

Der Transrapid ist ein Symbol für die Technikfeindlichkeit der niedersächsischen Landesregierung: Der Systemerfinder stammt aus Niedersachsen, die Erprobung erfolgt in Niedersachsen und der Widerstand gegen das Projekt kam öffentlich

und im Bundesrat lange Zeit auch aus Niedersachsen – von Gerhard Schröder. Die Entwicklung der Gentechnologie in Niedersachsen hat die SPD blockiert.

Fehlende Modernisierung des öffentlichen Sektors

Während Gerhard Schröder auf Veranstaltungen eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Sektors fordert, sich für Deregulierung und den Abbau staatlicher Aufgaben einsetzt, sucht man in dem von ihm regierten Niedersachsen danach vergebens. Das Gegenteil ist der Fall: Die Landesverwaltung wurde um 9.700 zusätzliche Stellen aufgebläht, Personalausgaben auf Rekordhöhe geschraubt. Fast jede zweite DM des Landeshaushaltes fließt heute in Personalausgaben (Personalausgabenquote des Landeshaushaltes: 42,6%).

Gleichzeitig wird der Abbau staatlicher Aufgaben durch Schröder verhindert. Vorschläge einer Expertenkommission zu Deregulierung und Aufgabenabbau des Staates bezeichnete er als „politischen Quatsch“ (Handelsblatt, 11. 2. 97). und versuchte deren Veröffentlichung zu unterbinden.

Auch ansonsten geschieht eher das Gegenteil von Deregulierung: Der Einsatz von PVC-Erzeugnissen im öffentlichen Auftragswesen wurde verboten. Mit der Schaffung des Landesamtes für Ökologie errichtete Schröder eine zusätzliche Verwaltungsstufe. Die Einführung der Verbandsklage und der Verbandsbeteiligungen verkompliziert und verlängert Investitions genehmigungsverfahren. Die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens erleidet Schaden.

Verhinderung von steuerlichen Entlastungen

Zu einer weiteren Forderung Gerhard Schröders gehört die steuerliche Entlastung der Unternehmertätigkeit. Auch bei

dieser Forderung betreibt er in Niedersachsen das genaue Gegenteil. Abfallabgabe und Wasserentnahmeentgelt haben die niedersächsischen Unternehmen belastet. Eine weitere Belastung steht als Forderung schon im SPD-Landtagswahlprogramm: die Ausbildungsplatzabgabe.

Über eine Bundesratsinitiative der SPD-Landesregierungen schuf er für Bauunternehmen sogar zusätzliche Steuern. Die Kfz-Besteuerung von mobilen Arbeitsmaschinen belastet die Unternehmen in Niedersachsen jährlich mit 20 Mio. DM.

Bei der Einkommensteuer blockierte er deren Senkung im Bundesrat, um dann selbst die Forderung zu erheben, die Einkommensteuer zu senken. Der Grund für diese bewußte Blockade: „Jeder, der jetzt so tut, als würden die ganzen Auseinandersetzungen nur um der Sache willen stattfinden, ist entweder ein Trottel oder ein Zyniker. Es geht jetzt [. . .] um die massive Auseinandersetzung in der Frage, wer Deutschland 1998 regieren wird.“ (Wirtschaftswoche, 6. 2. 97) Wie Lafontaine geht es auch Schröder längst nicht mehr um die Lösung von Problemen.

Fazit:

Noch als Juso-Vorsitzender erklärte Gerhard Schröder im Münchener Merkur: „Wir [. . .] gehen davon aus, daß man unser Wirtschaftssystem insgesamt beseitigen muß“ (3. 9. 79). Lange hatte er dazu keine Gelegenheit. Als Ministerpräsident ist Gerhard Schröder aber nun verantwortlich für eine unnötig Schwächung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen.

Kommentare wie:

- „Kaum jemand denkt beim Stichwort Niedersachsen an neue Technologien“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10. 5. 97);
- „Schlechte Noten für den ‚Genossen der Bosse‘ [. . .] Schröder erntet für seine

Arbeitsmarktpolitik wenig Lob“ (Stuttgarter Nachrichten, 30. 7. 97);

- „Der Landesregierung ist in den vergangenen Jahren die Puste ausgegangen, um die dümpelnde Wirtschaft mit frischem Wind wieder flott zu machen.“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 22. 8. 97)

belegen, daß Gerhard Schröder dem Land ein schlechter Ministerpräsident ist. Seine Regierung hat abgewirtschaftet. Niedersachsen braucht eine neue – von Christian Wulff angeführte – Landesregierung. Das Land braucht wieder gesunden wirtschaftlichen Ehrgeiz, damit Wachstum und Arbeitsplätze gesichert werden. ■

The Guardian: Der EURO kommt

Der liberale britische „Guardian“ kommentiert die jüngsten Äußerungen der Labour-Regierung zum EURO:

„Wenn man die Begeisterung der Labour-Regierung über den EURO mit dem Thermometer messen könnte, dann wäre dies in den letzten Tagen kräftig angestiegen. Schatzkanzler Gordon Brown kündigte vor der Jahresversammlung des Arbeitgeberverbandes eine Strategie zur Vorbereitung auf die Währungsunion an und sprach von der Teilnahme des Volkes an der Entscheidung durch ein Referendum. Er klang wie ein Schatzkanzler, der sich schon zum Beitritt entschlossen hat und nur noch auf die richtigen Wirtschaftsbedingungen und zustimmende öffentliche Meinung wartet.“

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

Verbindliche Zielvorgaben sind wirksamer als die Frauenquote

Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Frauenquote erklärte Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

Mit seinem Urteil unterscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH) deutlich zwischen einer starren Quote wie im Bremer Landesgleichstellungsgesetz und der flexiblen Quote im Frauenfördergesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Richter in Luxemburg sind der Meinung, daß die Quote in NRW nicht gegen die EG-Gleichberechtigungsrichtlinie von 1976 verstößt, weil sie eine Härteklausele enthält. Ich begrüße die Entscheidung des EuGH, da sie zu größerer Klarheit verhilft.

Fast keine Erfolge

Meine Skepsis gegenüber der Quote besteht dennoch fort, weil sie in der Praxis nach den bisherigen Erfahrungen für Frauen fast keine Erfolge mit sich bringt. Wie der Prozeßvertreter des Landes Nordrhein-Westfalen selbst dargelegt hat, liegt der durch derartige Quoten bedingte Anstieg der Zahl von Frauen in höheren Positionen innerhalb eines Zeitraums von vier bis acht Jahren unter einem Prozent.

Die meisten Frauen von heute wollen keine Quote, sondern eine erfolgreiche Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur vollen Chancengleichheit von Frauen im Arbeitsleben und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne Benachteiligung. Dafür steht seit Jahren die Politik der Bundesregierung, die sich an den vielschichtigen Lebenswirklichkeiten von Frauen in unserer Gesellschaft orientiert.

Die Bundesregierung hat sich im zweiten Gleichberechtigungsgesetz 1994 bewußt

für Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielvorgaben entschieden, um den Anteil von Frauen in höheren Positionen der Bundesverwaltung entscheidend zu steigern. Diese verbindlichen Zielvorgaben sind für die praktische Frauenförderung wegen ihrer Flexibilität ein wirksames Instrument als die Quote. Der Anteil von Frauen an Führungspositionen hat sich

Quote mit Bremse

Der EuGH beschreitet mit seiner Rechtsprechung einen Mittelweg zwischen der bisherigen Praxis, in der Frauen häufig tatsächlich benachteiligt werden, und den überzogenen Gleichstellungsvorschriften wie in Bremen. Die Frauenquote ist zulässig, solange damit nicht eine automatische Diskriminierung der Männer verbunden ist.

Die Welt

zwischen 1992 und 1994 in den Referaten der obersten Bundesbehörden um 27 Prozent erhöht: Arbeiteten 1992 noch 150 Frauen in Referatsleitungsfunktionen, so waren es zwei Jahre später bereits 191 Frauen.

Weiterhin hat sich die Bundesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, daß im Vertrag von Amsterdam vom Juni 1997 die Gleichberechtigung von Frau und Mann an prominenter Stelle im Aufgaben- und Zielkatalog der Europäischen Union verankert wurde.

Wir werden diese Möglichkeiten weiter intensiv nutzen, um bestehende Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Ich bin sicher, daß dieser Weg der richtige ist. ■

Bundesregierung unterstreicht CO₂-Minderungsziel

Am 6. November hat die CDU-geführte Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen zum Klimaschutz beschlossen. Hiermit hat sie im Vorfeld der Weltklimakonferenz, die Anfang Dezember 1997 in Kyoto stattfinden wird, eindringlich bewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin Vorreiter im internationalen Klimaschutz sein will.

„Die Bundesregierung hat erneut ihr Ziel unterstrichen, die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die heute verabschiedete Fortschreibung des nationalen Klimaschutzprogrammes sieht Maßnahmen vor, mit denen wir unser Ziel auch erreichen können. Dies ist ein wichtiges Signal an die internationale Staatengemeinschaft. Auch in Zukunft werden wir die bisher beschlossenen Maßnahmen ständig auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und im Jahr 2000 eine weitere Zwischenbilanz vorlegen“, erklärte Bundesumweltministerin Angela Merkel bei Vorlage des Berichtes am 6. November.

Trotz der bisher erzielten großen Erfolge beim Klimaschutz (zwischen 1990 und 1996 sanken die CO₂-Emissionen in Deutschland um 10,3 Prozent oder 104 Millionen Tonnen), sind weitere nationale Schritte zum Klimaschutz nötig, da nach wissenschaftlichen Berechnungen bei der Umsetzung der bisher beschlossenen Maßnahmen bis zum Jahre 2005 nur eine Treibhausgasminderung von 15 bis 17 Prozent erzielt werden würde.

Im einzelnen wurden folgende wichtige Eckpunkte zum Klimaschutz vom Bundeskabinett neu beschlossen:

- Die Weiterentwicklung der „Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ (zusätzliche CO₂-Minderung 10 bis 20 Millionen Tonnen).
- Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien (zusätzliche CO₂-Minderung 5 bis 7 Millionen Tonnen).

Wichtiges Signal an die internationale Staatengemeinschaft

- Novellierung der Wärmeschutzverordnung und der Heizanlagenverordnung mit dem Ziel einer Energiesparverordnung.
- Verbesserung des Vollzugs von Vorschriften für den Gebäudebestand sowie Fortführung und gegebenenfalls Aufstockung von Förderprogrammen im Gebäudebereich (zusätzliche CO₂-Minderung 16 bis 24 Millionen Tonnen).
- Verstärkte Nutzung der industriellen und kommunalen Kraft-Wärme-Kopplung (30 bis 60 Millionen Tonnen CO₂).
- Fortbildungsprogramme, Beratungs- und Informationskampagnen (4 Millionen Tonnen).
- Verstärkte Information und Aufklärung zum kraftstoffsparenden Fahren (3 bis 5 Millionen Tonnen CO₂).
- Darüber hinaus hält die Bundesregierung die Einführung einer zumindest EU-weiten aufkommens- und wettbewerbsneutralen CO₂/Energiesteuer oder eines vergleichbaren steuerlichen Instruments unter Nutzung der vorhandenen Verbrauchsteuerstrukturen für erforderlich. ■

ARD und ZDF nehmen Jugendschutz ernst

Nach einem Gespräch der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Jugendschutzbeauftragten von ARD und ZDF erklärten die Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Maria Eichhorn, sowie die Mitglieder der Enquete-Kommission „Neue Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“, Maria Böhmer und Renate Diemers:

In dem Gespräch, in dem es um die Arbeit der Jugendschutzbeauftragten von ARD und ZDF sowie um die Bewertung des Jugendschutzes in den Medien und den Neuen Medien ging, unterstützten die Jugendschutzbeauftragten unsere Forderung, daß indizierte Filme im Fernsehen grundsätzlich nicht ausgestrahlt werden. ARD und ZDF haben hier bereits eine Vorbildfunktion übernommen. Aufgrund von Selbstverpflichtungen zeigen sie diese Filme nicht mehr. Unser eindringlicher Appell geht an die privaten Sender, diesem Beispiel zu folgen und auch nachts die Quoten nicht höher als den Jugendschutz zu bewerten. Kinder zeichnen Sendungen per Videorecorder auf; zu welcher Zeit der Film läuft, spielt für sie keine Rolle mehr.

Wir begrüßen es sehr, daß die Jugendschutzbeauftragten den Forderungen von privaten Sendern nach Aufweichung der Pornographie-Kriterien ebenfalls eine klare Absage erteilen.

Unmittelbar eingreifen

Unsere Auffassung, den Jugendschutz im Informations- und Kommunikationsdienstegesetz weiter zu verbessern, sehen wir auch nach diesem Gespräch bestätigt. Die Jugendschutzbeauftragten zeigten kein Verständnis dafür, daß die Anbieter der Neuen Medien gesetzlich nur verpflichtet worden seien, sich einer freiwilligen Selbstkontrolle anzuschließen. Es sei not-

wendig, Jugendschutzbeauftragte zu bestellen, da diese im Unternehmen unmittelbar in jugendschutzrelevante Entscheidungen eingreifen können.

Die Diskussion um Gewaltdarstellungen und sexistische Inhalte in den Medien hat deutlich gemacht, daß die täglichen Nachmittags-Talkshows der Privaten auf den Prüfstand gehören. Hier werden oft Themen behandelt, die jegliche Tabus brechen.

Die Jugendschutzbeauftragten haben deutlich gemacht, daß insbesondere ihre rechtlich abgesicherte Weisungsunabhängigkeit

Eindringlicher Appell an die privaten Sender: auch nachts die Quoten nicht höher als den Jugendschutz zu bewerten.

eine wichtige Voraussetzung für eine gute Arbeit sei. Sie hoben hervor, daß ihr Erfolg maßgeblich damit zusammenhänge, ob es gelinge, die an der Produktion und dem Einkauf von Beiträgen und Filmen Beteiligten für den Kinder- und Jugendschutz zu sensibilisieren. Proteste von Bürgern gegen Sendungen würden sehr ernst genommen, wobei häufig die Kritik sehr pauschal ausfalle. Hier sei es hilfreich, wenn die Anliegen klarer beschrieben würden.

Das Gespräch hat gezeigt, daß die Jugendschutzbeauftragten ein sehr wichtiges Glied in der Kette von Maßnahmen des Jugendschutzes sind. Darüber hinaus bleibt es erforderlich, die Erziehungsverantwortung der Eltern zu stärken. Die Medienkompetenz von Erwachsenen und Kindern muß verbessert werden. ■

Das Internationale Paralympische Komitee kommt nach Bonn

Die Delegierten des Welt-Behindertenkongresses in Sydney haben sich für Bonn als zukünftigen Sitz des Internationalen Paralympischen Komitees entschieden. Die Bemühungen des Bundesministers des Innern, Manfred Kanther, der von Beginn an den Deutschen Behindertensport bei dessen Bewerbung nachhaltig unterstützt hat, sind durch diese Entscheidung gewürdigt worden.

Mit zwei repräsentativen Gebäuden, deren behindertengerechter Ausbau gewährleistet ist, und einer Anschubfinanzierung für die ersten Jahre konnte der deutsche Behindertensportverband ein kaum zu überbietendes Angebot vorlegen. 7 Millionen DM aus dem insgesamt 2,5 Mrd. DM umfassenden Bonn-Berlin-Ausgleich sind dafür eingeplant.

Anerkannt wurde auch die erfolgreiche Arbeit des Deutschen Behindertensportverbandes mit seinem Präsidenten Theodor Zühlendorf an der Spitze. Unter seiner Leitung hat sich der Deutsche Behindertensportverband eine führende Stellung im Weltverband erarbeitet. Die Strategie ist aufgegangen, der Agentur Rugo Kommunikation das Marketing des Behindertensportverbandes zu übertragen. Sie hat den Deutschen Behindertensportverband und Bonn in Sydney hervorragend präsentiert.

Klaus Riegert, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Bundesstadt Bonn festigt mit dieser Ansiedlung ihren weit anerkannten Ruf als internationaler Kongreß- und Tagungs-ort.

Herzlich willkommen!

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zur Wahl Bonns als Sitz des Internationalen Paralympischen Komitees:

Die Bundesregierung freut sich, daß die Bundesstadt Bonn das Rennen um den Sitz des Internationalen Paralympischen Komitees gemacht hat.

Durch die Ansiedlung des IPC in Bonn wird ein wichtiges internationales sportpolitisches Zeichen gesetzt, das deutlich macht, daß die Bundesregierung dem Sport und insbesondere dem Behindertensport einen hohen Stellenwert beimißt. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Stadt Bonn als Bundesstadt, ins-

besondere auch nach dem Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin unterstrichen.

Die Bundesregierung hat durch massive materielle Unterstützung einen wesentlichen Anteil daran, daß die Bewerbung Bonns erfolgreich war.

- So werden dem IPC die bundeseigenen Liegenschaften Adenauerallee 212 und 214 überlassen.
- Darüber hinaus wird der Bund bis zu 2,5 Mio. DM aus Soforthilfemitteln für den behindertengerechten Ausbau der Liegenschaften zur Verfügung stellen.
- Schließlich wird der Bund für einen Zeitraum von fünf Jahren mit insgesamt 1,2 Mio. DM aus Soforthilfemitteln zur Anschubfinanzierung beitragen.

Keine Kooperation mit den Feinden der Einheit

Zum 8. Jahrestag des Mauerfalls erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde das Ende des menschenverachtenden SED-Regimes unumkehrbar. Der Freiheitswille der Menschen hatte gesiegt. Wachsamkeit bleibt aber geboten, denn noch immer gibt es in Deutschland Kräfte, die ihre historische Niederlage von 1989 nicht verkraftet haben und gegen die Deutsche Einheit polemisieren. Der Jahrestag des Mauerfalls ist ein Symbol dafür, daß die Einheit in Freiheit nie wieder beschädigt werden darf. Es muß wieder selbstverständlich werden, daß die demokratischen Parteien jegliche Kooperation mit den Feinden der Einheit unterlassen.

Am 9. November 1989 begann eine Entwicklung, die einen Schlußstrich zog unter eine Vielzahl historischer Irrtümer, die eine dauerhafte Verwirklichung von Frieden

und Freiheit in Europa über mehr als 40 Jahre unmöglich gemacht haben.

Die Deutschen haben in der Zeit nach 1989 in einer Solidaranstrengung, die historisch ohne Vergleich ist, die Folgen über 40jähriger Diktatur und Mißwirtschaft weitgehend beseitigt. Die wirtschaftliche Einheit ist weit vorangekommen und die soziale Einheit praktisch vollzogen. Wir wollen nicht vergessen, daß gleichzeitig die Herausforderungen durch die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und die Geschwindigkeit des europäischen Integrationsprozesses zugenommen haben. Alle diese Aufgaben, die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands auf der einen Seite sowie die europäische Integration und die Globalisierung auf der anderen Seite, stellen bereits für sich gesehen hohe Herausforderungen dar. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir dürfen die Opfer der SED-Diktatur nicht vergessen

Am heutigen Tag gedenken wir besonders jener Opfer der SED-Diktatur, die bei dem Versuch, über die innerdeutsche Grenze nach Westen zu fliehen, getötet wurden. Zugleich erinnern wir uns dankbar an alle, die in der früheren DDR mutig und aufrecht für ihre Überzeugungen einstanden.

Viele von ihnen sind für ihren Kampf gegen Unfreiheit und Bevormundung bespitzelt, drangsaliiert und ausgebürgert worden; manche mußten ihren Einsatz mit langen Jahren der Haft oder gar mit dem Leben bezahlen. Wir dürfen die Opfer der SED-Diktatur nicht ver-

gessen und werden nicht zulassen, daß ihr Leid verharmlost wird.

Nach der Wiedervereinigung haben die Menschen in den neuen Bundesländern die Herausforderung angenommen und tatkräftig angepackt. Mit ihrer Bereitschaft zu Neubeginn und Aufbruch, die sie täglich unter Beweis stellen, geben sie ein großes Vorbild.

Dank unserer vereinten Anstrengungen ist die Deutsche Einheit heute schon gelebte Wirklichkeit. Zusammen stellen wir uns den dramatischen Veränderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Zum „neuen Gesicht“ der NATO

Eine die militärischen Aspekte unterstützende ökonomische Begründung der NATO ist vor dem Hintergrund einer mehr zusammenwachsenden Weltwirtschaft erforderlich.

Der transatlantische Charakter des Bündnisses wird durch wirtschaftliche Daten in seiner Zukunftsbedeutung unterstrichen: Fast zwei Drittel der Direktinvestitionen in den USA kommen derzeit aus Staaten der Europäischen Union, mehr als die Hälfte der US-Direktinvestitionen im Ausland fließen in die EU. Von den Lieferungen in die EU kommen 20 Prozent aus den USA, nur sieben Prozent aus den OPEC-Staaten. 18 Prozent der Exporte aus der EU werden in den USA abgenommen.

Die vergleichsweise hohe Stabilität der ökonomischen Beziehungen wird durch die NATO als der klassischen und bestens eingespielten transatlantischen Organisation institutionell wirksam mit abgedeckt. Enge bilaterale Beziehungen zwischen den USA und Deutschland bleiben dabei mehr denn je entscheidender transatlantischer Pfeiler für das NATO-Bündnis der Zukunft.

Eine neue Vertiefung des wechselseitigen Kennenlernens von Deutschen und Amerikanern ist erforderlich. Rund 18 Millionen US-Bürgerinnen und Bürger haben während der Zeit des Kalten Krieges, großenteils aufgrund ihres Militärdienstes, längere Zeit in Deutschland gelebt. Durch die Reduzierung der US-Truppen auf eine Personalstärke von 105.000 in Europa, davon 75.000 in Deutschland, ist dieses persönliche Kennenlernen seit einigen Jahren rückläufig und muß durch eine breit gefächerte bilaterale und transatlantische Initiative für Programme zum Kennenlernen schon bald kompensiert werden.

Gegenseitige Kenntnis liegt in gegenseitigem Interesse, weil etwa Deutschland und die USA wirtschaftlich und ökonomisch immer engere Interdependenzen ausprägen werden. Hier besteht eine enge Übereinstimmung mit Zielen des neuen US-Botschafters in Bonn, John Kornblum.

**Von Klaus Dieter Reichardt
(Mannheim), Mitglied
im Verteidigungsausschuß
des Deutschen Bundestages**

Militärische Entwicklungen fordern heute mehr denn je die Bündelung innovativer und finanzstarker Ressourcen, Innovation in der Wirtschaft erfolgt in immer engerer internationaler Zusammenarbeit. Dies zeigt beispielhaft die Entwicklung der Luft- und Raumfahrt weltweit. Es wird hier darum gehen, mehrere Anbieter auf dem globalen Markt zu gewährleisten und wirtschaftlich schwächeren Staaten zumindest die Mitwirkung im Komponentenbereich gezielt offenzuhalten. In diesem Zusammenhang sollte die NATO mit ihren Einzelmitgliedern Profil als Organisation sowohl militärischer wie wirtschaftlicher Solidarität schärfen.

Angesichts einer Zustimmung von 63 Prozent der US-Amerikaner zum ersten Schritt der NATO-Öffnung, die Anfang Oktober 1997 das renommierte Pew Research Center for the People and the Press ermittelte, macht es nachdenklich, daß nur zehn Prozent der Befragten einen der drei aktuellen Beitrittskandidaten Tschechien, Polen und Ungarn benennen können. In den USA wird die Erkenntnis verstärkt werden müssen, daß der unverzichtbare

politische und ökonomische Partner Europa nur bei Kenntnis seiner ethnischen und nationalen Spezifika verstanden werden kann.

Bei einer Bewertung des sich wandelnden Gesichts der NATO ist die bereits im Washingtoner Vertrag angelegte offene Ausrichtung des Bündnisses als ein essentielles Anliegen der NATO ernst zu nehmen. Vertrauensvolle deutsch-amerikanische Zusammenarbeit sei dabei eine unverzichtbare Konstante für unsere Allianz. Dies bedeutet, daß die NATO über das Jahr 2000 hinaus prinzipiell für neue Aufgaben und ebenso für neue Mitglieder offen bleiben muß. Ansonsten würde sie einen entscheidenden Teil ihres Charakters einbüßen.

Das NATO-Programm „Partnership for Peace“, dem seit Beginn am 1. Januar 1994 nunmehr 27 Staaten beigetreten sind, hat sich gegen skeptische Prognosen hervorragend bewährt und zum unverzichtbaren Baustein auf dem weiteren Weg der NATO-Öffnung entwickelt. Die Beitrittsmöglichkeit für neue Mitglieder darf sich mit der Neuaufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn keineswegs erschöpfen. Insbesondere Staaten wie Rumänien oder Estland, Lettland und Litauen erwarten zu Recht weitere Signale fundierter Freundschaft aus dem Bündnis, insbesondere der USA und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Eintrittshoffnung darf nicht durch überhöhte Rüstungsanforderungen an die

Kandidaten getrübt werden. Bei jährlichen Verteidigungsausgaben etwa der Visegrad-Staaten von insgesamt umgerechnet rund 5,5 Milliarden US-Dollar ist die Leistungsfähigkeit der neuen, aus dem Ostblock entstandenen Demokratien sowohl bei Entwicklung wie Beschaffung praktisch erschöpft. Vor einem zu offensiven Rüstungsmarketing bei den drei Beitrittsländern und den weiteren Beitrittskandidaten kann verantwortungsvolle Politik nur warnen.

Die maßvolle Linie des Bundesministers der Verteidigung, Volker Rühle, verdient nationale wie internationale Unterstützung, weil sie den Möglichkeiten der neuen Demokratien und den Erfordernissen des Bündnisses gleichermaßen entspricht. Wir sollten darüber nachdenken, die neuen Demokratien in die Rüstungsprogramme innerhalb der NATO und ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere die europäischen Vorhaben, künftig enger einzubeziehen, anstatt das Ziel der Lieferung fertiger Produkte zu sehr in den Vordergrund zu stellen.

Wenn diese Einbeziehung überlegt und gezielt erfolgt, kann das Profil sowohl militärischer wie wirtschaftlicher Solidarität im Bündnis praktisch geschärft werden. Dies hilft auch aus der Perspektive der Rüstungspolitik beim dringend notwendigen Aufbau wirtschaftlicher Prosperität der befreundeten neuen Demokratien.

Berlin-Umzug kostet deutlich weniger als geplant

„Der Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin kostet deutlich weniger als ursprünglich geplant. Die Ausgaben werden niedriger sein als die vorgegebenen 20 Milliarden Mark“, sagte der Umzugsbeauftragte der Bun-

desregierung, Bundesbauminister Klaus Töpfer, dem „Tagesspiegel“. Töpfer sprach davon, mit 18,5 Milliarden Mark auszukommen. „Der Umzug wird sich beschleunigen, er wird weniger kosten.“

Die Zukunft im Visier, nicht die Vergangenheit

Gleich bei zwei Großveranstaltungen der vergangenen Woche hat die Führung der Berliner CDU deutlich gemacht, daß Dreh- und Angelpunkt für ihre Politik das Ergreifen der Zukunftschancen unserer Stadt ist und nicht das Festhalten an vielleicht lieb gewordenen, aber nicht mehr haltbaren Besitzständen der Vergangenheit.

Im Roten Rathaus waren mehr als 500 Sach- und Fachkundige aus Wirtschaft, Gesellschaft, Verbänden und Politik – zum Teil von weither – zu einem Wirtschaftskongreß „Vom Tafelsilber über Schuldenabbau zum Strukturwandel“ zusammengekommen. Bei ihm ging es um die Fragen des Überganges von der alten, nationalen Industriegesellschaft zur globalisierten Dienstleistungsgesellschaft, insbesondere darum, welche Rolle ein moderner und verschlankter Staat gegenüber privaten Trägern und Bürgern zu spielen hat.

Wenige Tage später erhitzen sich die Gemüter beim 14. Landesparteitag darüber, wie dieser Staat im allgemeinen und die Hauptstadt Berlin im besonderen sich in der Verwaltungs- und Gebietsstruktur selbst organisieren solle.

Grundlinie fast aller Diskussionspartner im Roten Rathaus war das Thema, das auch der Sachverständigenrat „Schlanker Staat“ unter Vorsitz von Prof. Rupert Scholz herausgearbeitet hatte: Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben, unter anderem Innere und Äußere Sicherheit, Setzung von Rahmenbedingungen für Unternehmen und Träger, statt mit ihnen zu konkurrieren, wie jetzt etwa die Werkstätten von Berliner Eigenbetrieben den

privaten Kfz-Meistern das Leben schwer machen; Aufgaben an Private übertragen. Bei der Entstaatlichung von öffentlichen Unternehmen und Aufgaben, so betonte besonders Eberhard Diepgen, kämen oftmals durchaus erwünschte und auch dringend benötigte Gelder in die leeren öffentlichen Kassen. Entscheidend aber sei die zukunftsorientierte ordnungspolitische Weichenstellung, und zwar aus mehreren Gründen:

- Der Staat in seiner bisherigen Form kann seine bisherige Aufgabenfülle auf Dauer weder technisch leisten noch finanzieren.
- Private Dienstleister und Freie Träger arbeiten vielfach effizienter, preisgünstiger, flexibler und bürgernäher.
- Die Bundesrepublik als Staat der Sozialen Marktwirtschaft ist aufgebaut auf dem Prinzip der Subsidiarität: Selbsthilfe und Solidarität haben Vorrang vor sozialen Zuwendungen des Staates auf Kosten der Steuerzahler. Nur auf diese Weise bleibt unser Sozialstaat finanzierbar.

- Auch bei der Übertragung von Aufgaben an andere wird man dem Staat Kontrollfunktionen in vielen Bereichen weiterhin überlassen müssen.

Einen dramatischen und auf begeisterte Zustimmung stoßenden Appell, sich gerade in Berlin der Zukunft zuzuwenden, richtete Wolfgang Schäuble an die Delegierten des CDU-Parteitages: „Wir müssen uns den Herausforderungen stellen, statt Besitzstände zu wahren. Wir müssen unsere und unserer Kinder Chancen sehen und nicht nur unsere augenblicklichen Probleme.“

CDU-Landesparteitag für Reform der Bezirksgebiete – Lösung offen

Der 14. Landesparteitag der Berliner CDU hat sich sowohl für eine Verwaltungsreform in Berlin als auch für eine Verringerung der Zahl der Bezirke ausgesprochen. Nach einem zähen Ringen im Vorfeld und einer sachlichen, aber harten Debatte entschied sich eine deutliche, wenn auch nicht überwältigende Mehrheit der Delegierten mit 186 zu 165 Stimmen für den Leitantrag des Landesvorstandes, der unter anderen folgende Punkte enthält:

- Eine Verringerung der Zahl der Bezirke von derzeit 23 um mindestens ein Drittel.
- Der verbindliche Ausschluß der Bildung „politischer Bezirksämter“, die die Einheitsgemeinde Berlin in Frage stellen könnten. Statt dessen das Festhalten an der Einheitsgemeinde.
- Delegation von Aufgaben an die Bezirke bei Sicherung der Fachaufsicht des Senats.
- Die Zusammensetzung der Bezirksämter nach dem Stärkeverhältnis über das Jahr 2010 hinaus.
- Die Bildung eines zentralen Hauptstadtbereiches.
- Die Beschränkung der Verwaltungsaufgaben auf Kerngebiete.
- Mehr private Eigenverantwortung nach dem Subsidiaritätsprinzip.
- Die Einführung der Kosten-Leistungsrechnung im Haushaltswesen.
- Mehr Bürgernähe der Verwaltung durch kompetente Bürgerämter.

Die Vorstandsvorlage war das Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen Senat, Landesvorstand und den „Bezirksfürsten“.

Bei der Senatsbildung war in der Koalitionsvereinbarung eine Reduzierung auf 18 Bezirke in Aussicht genommen worden.

Die Vorlage der Innenverwaltung, die Innensenator Jörg Schönbohm vehement verteidigte, war dann Grundlage eines Senatsbeschlusses. Gegen ihn lief ein Teil der „Bezirksfürsten“ so sehr Sturm, daß eine Mehrheit auf dem Parteitag nicht zu erwarten war. Gegenstand der Kritik war auch der vorgesehene Termin 1999. Tenor des bezirklichen Grabenkrieges: „So nicht und so schnell nicht!“

Kritischer Punkt war auch das „Politische Bezirksamt“, von der SPD gewollt und von der CDU strikt abgelehnt. Es hätte, wie Klaus Landowsky in seiner Rede klarmachte, bedeutet, daß wahrscheinlich in allen Berliner Bezirken Linksbündnisse von SPD, Grünen und PDS die CDU bei der Bezirksamtsbildung total ausgeschaltet hätten. Den vorläufigen Verzicht auf diese Möglichkeit hatte sich die SPD abkaufen lassen durch die Zustimmung der CDU zu 1999 und zu zwölf Bezirken, wie auch vom Innensenator vorgeschlagen. Landowsky warnte vor einer starren Haltung der CDU und den Folgen in den Bezirken mit den Worten: „Besser holprig regieren als fröhlich opponieren!“ Damit hatte er auch das ganze Dilemma abgesteckt, in dem Berlin bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen steckt.

Die Entscheidung über die Bezirksreform liegt jetzt bei den Koalitionsfraktionen ■

Ein guter Tag für die Bildungspolitik in unserem Land

Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul, erklärte zur Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog:

„Nach dieser eindrucksvollen Rede des Bundespräsidenten zur Bildungspolitik ist hoffentlich auch dem letzten rot-grünen Reformpädagogen klar, daß wir in Deutschland dringend eine Umkehr in der Bildungspolitik brauchen.“ Mit diesen Worten begrüßte der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur und Generalsekretär der CDU NRW, Herbert Reul, den von Bundespräsident Herzog in seiner Grundsatzrede geforderten Aufbruch in der Bildungspolitik.

Leistung und Qualität

„Der Bundespräsident hat recht, wenn er feststellt, daß es keine Bildung ohne Anstrengung gibt. Wir brauchen deshalb jetzt unverzüglich eine Offensive für mehr Leistung und Qualität an unseren Schulen und Hochschulen. Wir dürfen im Interesse der Zukunft unserer Kinder und unseres Landes nicht länger zulassen, daß rot-grüne Bildungsideologen Noten abschaffen und die Schulen in Deutschland zum Phantasieland zwischen den Ferien machen.“

Reul unterstützte die von Herzog angeregte breite Debatte über die Zukunft des Bildungssystems in Deutschland. „Die

Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts heißt Bildung. Der Erwerb von Wissen, seine Anwendung und Aktualisierung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.“

Solide Grundbildung

Reul forderte die Kultusminister der Bundesländer auf, Schulen wieder zu Orten zu machen, an denen eine solide Grundbildung vermittelt und Leistung gefordert wird. „Wenn die heutige Rede des Bundespräsidenten ein Stück dazu beiträgt, daß Leistung und Qualität wieder zum Maßstab der Ausbildung werden, dann war es ein guter Tag für die Bildungspolitik in unserem Land.“

Bildung ist Mega-Thema

Jürgen Rüttgers: Ich freue mich über die klare Unterstützung für mehr Freiheit, Wettbewerb und Leistungsorientierung. Das stärkt die Reformer in der Bildungspolitik. Allen, die immer noch auf Zeit spielen und sich hinter dem „Weiter so“ verschanzen, hat der Bundespräsident deutliche Worte ins Stammbuch geschrieben. Bildung ist ein Megathema und gehört ins Zentrum der politischen Debatte. Dem hat der Bundespräsident mit seiner Rede neuen Schub gegeben.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Argumente

– Eckpunkte –

zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Ausländer – das ist das Stichwort einer wichtigen politischen Diskussion, die nicht nur in Deutschland sehr kontrovers geführt wird. Kaum ein Thema polarisiert mehr, obwohl sich in den gegensätzlichen Positionen Vernunft und Vorurteil, humanes Pathos und Aggressivität bis zur Ununterscheidbarkeit vermischen.

Die CDU sagt gleichzeitig:

- Wir wollen die Voraussetzungen für die Einbürgerung von Ausländern erleichtern.

Und:

- Mit uns wird es die generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft nicht geben.

Für eine Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts sehen wir deshalb vor:

1. Künftig soll der Einbürgerungsanspruch die Regel, die Ermessenseinbürgerung die Ausnahme sein.

- Die Mindestaufenthaltszeit für den Einbürgerungsanspruch wird herabgesetzt.
- Die günstigen Aufenthaltsvoraussetzungen des geltenden Rechts bleiben erhalten.
- Voraussetzung für die Einbürgerung

ist, daß wichtige Merkmale der Eingliederung in die deutschen Lebensverhältnisse erkennbar sind. Wichtigstes Merkmal: Beherrschung der deutschen Sprache.

- Neu zu formulieren sind die Gründe für die Ablehnung der Einbürgerung – mit dem erklärten Ziel, die Einbürgerung von Ausländern zu verhindern, die die Innere Sicherheit gefährden.

2. Mehrstaatigkeit soll vermieden werden. Die sog. doppelte Staatsangehörigkeit soll es in Zukunft auch zeitweilig nicht als Regelfall geben.

- Das Risiko der Mehrstaatigkeit sind Loyalitätskonflikte.
- Der Regel-Geburtserwerb für in Deutschland geborene Ausländerkinder bietet nicht gleichzeitig auch eine Gewähr für Integration.
- Ausnahmen (Beispiel: Einbürgerung von Spätausiedlern) sind in Einzelfällen dann zulässig, wenn die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft nicht zugemutet werden kann.

3. Die Einbürgerung soll in Zukunft nachträglich rückgängig gemacht werden können, wenn deutsche „Doppelstaatler“ ihren dauernden Aufenthalt in den

Staat verlegen, dessen Staatsbürgerschaft sie ebenfalls besitzen.

Mit dem neu zu schaffenden „Verlustatbestand“ soll der Praxis einer Reihe von Staaten begegnet werden, die für den Wiedererwerb ihrer Staatsangehörigkeit auch außerhalb ihres Territoriums regelrecht Werbung machen.

4. Im Ausland geborene und dauernd dort lebende Deutsche sollen die deutsche Staatsangehörigkeit bei Vollendung des 21. Lebensjahrs verlieren,

wenn sie bis dahin nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, für die Beibehaltung der deutschen Staatsbürgerschaft zu optieren.

5. Der Grundsatz, Mehrstaatigkeit zu vermeiden, soll erstmalig auch bei der Aufnahme von Spätaussiedlern berücksichtigt werden.

Bereits im Aufnahmeverfahren müssen sich Antragsteller verpflichten, nach Anerkennung als Spätaussiedler binnen zwei Jahren die Aufgabe ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft zu betreiben.

6. Im Sinne einer möglichst großzügigen Interpretation des im Grundgesetz verankerten Gebots, die Einheit

der deutschen Staatsangehörigkeit zu wahren,

soll die über die DDR-Staatsbürgerschaft erworbene deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erlöschen, wenn Verlustvoraussetzungen nach altem DDR- und gültigem Bundesrecht erfüllt sind.

7. Eine Staatsangehörigkeitsdatei soll neu eingerichtet werden,

in der sich bindende Entscheidungen der Staatsangehörigkeitsbehörden nachweisen lassen.

Zur Notwendigkeit der Neuregelung:

Das geltende Staatsangehörigkeitsrecht ist überarbeitungsbedürftig; die Aufsplittung in zahlreiche Einzelgesetze macht es unübersichtlich. Die rechtliche Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR erfordert ebenfalls eine Neuordnung.

Unter Integrations-Aspekten sind angesichts der hohen Zahl dauerhaft in Deutschland lebender Ausländer Erleichterungen für deren Einbürgerung zu schaffen.

Wichtigstes Ziel aller neuen Regelungen:

- Einbürgerungsansprüche einräumen und:
- Integration fördern.

Vor den Betriebsratswahlen 1998

Das Arbeitnehmerzentrum Königswinter erinnert noch einmal an die Seminare Anfang nächsten Jahres, die sich im Vorfeld der Betriebsratswahlen mit den Themen:

- Grundlage der Betriebsratsarbeit
- Durchführung einer Betriebsratswahl
- Der Wahlausschuß
- Wie werde ich Kandidat und wie kann ich Wählerstimmen gewinnen?

befassen werden.

Termine:

- 16. bis 18. Januar
- 28. bis 30. Januar
- 2. bis 4. Februar
- 13. bis 15. Februar.



Anmeldungen richten Sie bitte schriftlich an:

**Arbeitnehmer-Zentrum
Königswinter
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel. (0 22 23) 7 31 77 od. 7 31 17
Fax (0 22 23) 7 31 11
e-Mail: Stiftung CSP@t-online.de**

Verjährungsfristen bei SED-Unrecht werden verlängert

Zur Entscheidung der Koalitionsrunde, die Verjährungsfristen für die Aufarbeitung von SED/DDR-Unrecht zu verlängern, erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Paul Krüger:

Die ostdeutschen Unionsabgeordneten begrüßen die Entscheidung, die Verjährungsfristen für SED-Unrecht bis zum Jahr 2000 zu verlängern. Damit wird ihren Forderungen voll entsprochen.

Straftaten gegen Menschen

Nicht nur wirtschaftliche Vergehen, sondern Straftaten an Menschen, gegen die persönliche Integrität und gegen Leib und Leben können so auch zukünftig verfolgt werden.

Die rechtliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist noch nicht abgeschlossen. Die Opfer des DDR-Unrechts haben einen Anspruch darauf, daß strafrechtlich relevantes Unrecht individuell, objektiv und in einem strikt rechtsstaatlichen Verfahren aufgearbeitet und dann auch verfolgt werden kann.

Unabdingbar wird mit dieser Entscheidung, daß Länder wie z. B. Niedersachsen und Saarland ihre Personalzusagen gegenüber der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) einlösen. Wir fordern sie mit Nachdruck dazu auf, denn nur so kann der durch eine Verlängerung der Verjährung erreichte Zeitgewinn effektiver genutzt werden.

Weihnachtswerbemittel

der

CDU



● **Siegelmarke**

Bestell-Nr.: 0307

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 100 Aufkleber

Preis je Rolle: 7,50 DM

● **Schleifenband**

Bestell-Nr.: 0306

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 25m

Preis je Rolle: 11,90 DM



● **Winterschal**

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM



● **Weihnachts-CD**

Bestell-Nr.: 9300

Verpackungseinheit:

1 Expl., Preis je Expl.:

7,00 DM



● **Eiskratzer**

Bestell-Nr.: 9890

Verpackungseinheit:

100 Expl., Preis je

100 Expl.: 89,00 DM

**Advents-
und
Weihnachtslieder**



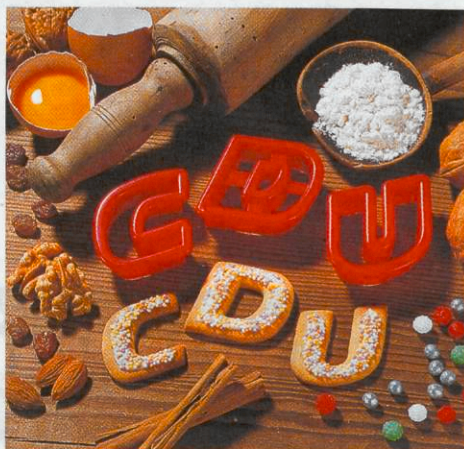
CDU

● **Weihnachtsliederbuch**

Bestell-Nr.: 2867

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



● **Ausstechformen-Set**

Bestell-Nr.: 9109

Verpackungseinheit: 10 Sets

Preis je 10 Set's.: 17,00 DM



● **Flaschentasche (blau oder rot)**

Bestell-Nr. rot: 0305

Bestell-Nr. blau: 0304

Verpackungseinheit: 1 Set à 25 Expl.

Preis je Set: 27,50 DM



● **Geschenspapierrolle (blau oder rot)**

Format: 10m x 75cm

Bestell-Nr. rot: 0303

Bestell-Nr. blau: 0302

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 14,90 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

**Wir wünschen
ein frohes
Weihnachtsfest
und ein gutes
Neues Jahr**

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

36/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.